

10.11.2022

Stellungnahme und Anträge zum Haushalt 2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Salomo,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Maiwald,
sehr geehrter Herr Stadtkämmerer Ochs,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat,
sehr verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

Wahrlich es kommen herausfordernde Zeiten auf uns zu.

Angesichts der Energiekrise, auch ausgelöst durch den schrecklichen Krieg Russlands gegen die Ukraine, der hohen Inflation, der Flüchtlingswelle, die im Winter verstärkt auf uns zukommen wird und der Coronapandemie, die uns weiter zu schaffen macht, ist der Haushalt sehr optimistisch veranschlagt. Er ist bereits auf Kante genäht, bei 13 Millionen minus und mit den Abstrichen von 8,7 Mio., die die Verwaltung schon vorgenommen hat.

Interessant wäre, wie sich die Zahlen durch die geschätzt besseren Steuereinnahmen eventuell noch verändern.

Dazu muss gesagt werden, dass die Streichungen, die vorgenommen wurden, nur ein Aufschieben von wichtigen Aufgaben und Projekten in die nächsten Jahre ist. So gesehen also keine wirkliche Einsparung darstellt und uns in den nächsten Haushalten wieder einholen wird. Zudem wissen wir doch alle, dass in den nächsten 2 Jahren durch die angesprochenen Krisen noch härtere Zeiten auf uns zukommen und uns die Kosten in allen Bereichen davonlaufen werden.

Für das angedachte Minus von 13 Millionen, einer Kreditaufnahme von 12,25 Millionen und einer Entnahme von 23,8 Millionen aus den liquiden Mitteln ist nicht nur die Verwaltung verantwortlich, sondern es sind Verordnungen, Vorschriften sowie Gesetze und in erster Linie der Gemeinderat in seiner Gesamtheit. Wir oder unsere Vorgängerinnen und Vorgänger waren es, die das Geld mit unseren Beschlüssen zu all den Projekten ausgegeben haben, die heute oder in Zukunft zu Buche schlagen. Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass die Abschreibungen in Höhe von 11,6 Millionen im Minus von 13 Millionen enthalten sind. Es ist also zu erkennen, dass die Stadt auch an Substanz gewinnt und das Geld an vielen Stellen auch gut in die Zukunft unserer Stadt investiert ist.

Jetzt ist es wichtig, den Haushalt auf der Einnahmeseite zu verbessern und die Ausgabenseite zu verringern. Dabei darf es kein Tabu geben. Dennoch stehen wir als SPD/Die Linke aber dafür ein, dass der soziale-, der schulische- sowie der Sport- und Bildungsbereich mindestens auf dem jetzigen Stand gehalten werden.

Wichtige Projekte wie Schulen, Kindergärten und den sozialen und bezahlbaren Wohnungsbau dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Wir müssen dafür sorgen, dass die soziale Gemeinschaft, die besonders in schlechten Zeiten so notwendig ist, nicht aus den Fugen gerät.

Alle Bürger und Bürgerinnen unserer Stadt, gleich welcher Herkunft und sozialer Schicht, brauchen den Zugang zu Bildung und Kultur. Die Rattenfänger von rechts warten doch nur darauf, dass diese soziale Gemeinschaft noch weiter gespalten wird.

Um die Einnahme und Ausgabenseite zu verbessern, müssen wir als Gemeinderat gemeinsam mit der Verwaltung, wie es auch Herr Ochs in seiner Haushaltsrede angesprochen hat, wieder eine Aufgabenkritik vornehmen. Bei den Pflichtaufgaben gibt es wenig Spielraum, weshalb der Focus bei den freiwilligen Aufgaben liegen dürfte.

Das Problem, dass wir dabei sehen ist, wie in der Vergangenheit bewiesen, dass unterm Strich das Ergebnis nicht sehr erfolgreich war, da in jedem Bereich, wo gekürzt oder Gebühren und Eintrittspreise erhöht werden sollten, endlose und fruchtlose Diskussionen folgten.

Aus unserer Sicht wäre es vielleicht eine bessere Vorgehensweise, wenn wir uns auf einen Prozentsatz einigen, der das Budget in allen Bereichen gleichermaßen kürzt.

Zukünftig müssen wir bei allen Projekten, so gut und wichtig sie auch sein mögen, die Folgekosten berücksichtigen, bevor sie auf den Weg gebracht werden. Denn diese Folgekosten werden unseren Haushalt auch in die Zukunft belasten.

Herr Ochs hat in seiner Rede die finanziell sehr anspruchsvolle Sanierung des Rathauses und des Elmar Doch Hauses angesprochen. Zum letzteren sollten wir uns ernsthaft Gedanken machen, wie dieser enorme Kostenaufwand, der auch noch weiter steigt und in Zukunft nicht abschätzbar ist, gestemmt werden kann.

Die Linke hält es für denkbar einen Investor zu finden, der gemeinsam mit der Stadt die anstehenden Investitionen trägt.

Unter den gegebenen Umständen müssen alle denkbaren Möglichkeiten für Investoren diskutiert werden um uns vor den finanziellen Folgen, die den Haushalt belastet, zu bewahren.

Wir brauchen Investoren und keine Kapitalnehmer, die sich an städtischen Investitionen auf unsere Kosten am Elmar Doch Haus bereichern wollen. Das kann keine Bürgerin und kein Bürger verstehen, wenn wir private Gastronomen subventionieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

Herr Ochs hat in seiner Haushaltsrede öfter das Thema Grundsteuer angesprochen und dass diese in diesem Jahr nicht erhöht werden wird.

Es ist gut, dass von einer Erhöhung der Grundsteuer Abstand genommen wurde, hätte diese doch auch die privaten Haushalte getroffen, die ohnehin schon kräftig zur Kasse gebeten werden.

Dabei muss aber auch gesagt werden, dass wir gleichzeitig auch die Unternehmen in unserer Stadt von einer Grundsteuererhöhung verschont haben.

Erhöhung der Gewerbesteuer

Herr Ochs hat auch die Gewerbesteuer angesprochen und so wie ich Herrn Ochs verstanden habe, gibt es noch Luft nach oben, da der veranschlagte Wert angesichts der Größe und der Aufgaben unserer Stadt dauerhaft zu niedrig ist.

Angesichts der dramatischen Haushaltslage darf es kein Tabu sein über eine Gewerbesteuererhöhung zu sprechen und gegebenenfalls über eine Erhöhung abzustimmen.

Die Wirtschaft in Deutschland läuft immer noch gut, die Auftragsbestände sind sehr gut.

Auch in Heidenheim sind die Auftragsbestände speziell bei Voith, Hartmann und Schwenk gut, im Handwerk ist der Auftragsbestand 19% über den Kapazitäten und auch im Handel laufen die Geschäfte sehr gut.

Natürlich, es gibt auch Unternehmen, denen es schlecht geht, aber diese bezahlen dann auch keine Gewerbesteuer.

Der Arbeitsmarkt floriert und die Beschäftigungslage ist sehr gut.

Die Arbeitslosenzahlen sinken und der Arbeitsmarkt ist stabil, selbst in der schon fast tot gesagten Papiermaschinen-Sparte bei Voith Paper ist der Auftragsbestand wieder angewachsen.

Unsere wichtigste Steuereinnahmequelle ist noch immer die Gewerbesteuer, die wir als Gemeinderat auch beeinflussen können. Da die Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung, für das nächste Jahr noch positiv gekennzeichnet sind, sollten wir eine Erhöhung der Gewerbesteuer vornehmen. Wir beantragen, dass die Gewerbesteuer schon im Haushalt 2023 um 20 Prozentpunkte erhöht wird.

Antrag der SPD/Die Linke

Wir erhöhen die Gewerbesteuer um 20 Prozentpunkte, um unser Haushaltsdefizit zu verbessern.

Sozialer bezahlbarer Wohnungsbau

Wir begrüßen nochmals den gefassten Beschluss aus der Sitzung des Gemeinderats vom 18.10.22, dass die SGWH ein komplettes Gebäude auf dem Schlossberg mit 28 Wohnungen und einem Kindergarten kaufen soll.

Dadurch greifen wir aktiv in den Wohnungsmarkt ein und können preiswerten Wohnraum anbieten, den sich Bürgerinnen und Bürger mit geringen Einkommen auch leisten können. Folglich werden auch alle anderen Mietpreise in der Stadt positiv beeinflusst.

Dies kann aber nur der erste Schritt in den Einstieg in den bezahlbaren Wohnungsbau sein. Weitere schon lange geplante Projekte im Hardtwald und im Haintal müssen jetzt, da das ehemalige Ausbildungszentrum von Voith abgerissen wird, folgen. War doch dies der eigentliche Anlass zur Gründung der heutigen SGWH.

Wir stellen den Antrag

Die SGWH soll mit der Bebauung und dem sozialen bezahlbaren Wohnungsbau im Haintal und am Hardtwald so schnell wie möglich beginnen und eines oder auch zwei der sogenannten Ankerprojekte aus der Bebauungsplanung übernehmen.

Um für Investoren und private Bauträger das Bauen preiswerter zu machen, schlagen wir vor, dass städtische Grundstücke zukünftig in Erbpacht vergeben werden können. Voraussetzung dafür ist, dass bezahlbarer Wohnraum entsteht oder für Familien mit geringem Einkommen bereitgestellt wird. Noch besser ist es natürlich, wenn wir selbst auf den Grundstücken, die uns gehören, bauen.

Umweltgerechte Verkehrsentwicklung, PKW-Verkehr reduzieren.

Wir haben beim Radwegebau aber auch beim Straßenbau viel getan.

Trotzdem besteht immer noch gewaltiger Nachholbedarf im Ausbau des Radwegenetz im gesamten Gebiet von Heidenheim.

Weitere Fortschritte im Radwegebau sind seit Jahren geplant, wir verstehen es nicht, dass bei der momentanen Zuschusspolitik von Bund und Land die Mittel, die großzügig für den Radwegebau zur Verfügung stehen, zu wenig abgerufen werden.

Da stellt sich die Frage:

Haben wir zu wenig Personal für die Planung und Antragstellung, um an bis zu 90 % Zuschüsse zu kommen?

Projekte aus dem Verkehrsentwicklungsplan gibt es zur Genüge.

Glücklicherweise steht heute ein Projekt, das 92,4 % Zuschüsse erhält, auf der Tagesordnung.

Wenn wir Autofahrerinnen und Autofahrer dazu bewegen wollen auf andere Verkehrsmittel umzusteigen, um dadurch die Stadt attraktiver zu machen, um Lärm, Feinstaub, Stickoxide, CO² und den Energieverbrauch zu reduzieren, müssen wir funktionierende Alternativen anbieten.

Dazu gibt es eine Menge Angebote im Verkehrsentwicklungsplan, es fehlt nur an der schnellen Umsetzung.

Insofern wäre es aus unserer Sicht ein falsches Signal, die Stelle der Fachbereichsleitung „Stadtplanung“ zu streichen.

Was schnell umgesetzt werden kann und wenig Geld kostet, sind Radvorrangstraßen auf bestimmten Routen, für das schnelle Vorankommen von A nach B, mit eigenen Fahrbahnen, die den Radverkehr attraktiver machen.

Die Ausweitung der 30er Zonen im Stadtgebiet erhöht die Verkehrssicherheit, erzeugt weniger krankmachenden Lärm und vermutlich weniger unnötigen Durchgangsverkehr.

Die Ampelschaltungen für Fußgängerinnen und Radfahrerinnen sind ungünstig die Wartezeiten sind zu lang. Eine optimale Ampelschaltung wie an der Kreuzung Ploucquetstraße / Christianstraße ist ein gutes Beispiel einer optimalen Ampelschaltung.

Ein Vorschlag, der auch leicht umgesetzt werden kann, ist es Parkplätze und Anwohnerparkgebühren zu verteuern oder als Alternative eine kräftige Parkplatzmaut für alle öffentlichen Parkplätze in der Innenstadt einzuführen. Dann überlegen sich die Autofahrerinnen, ob es sich rechnet mit dem PKW in die Innenstadt zu fahren.

Die Nutzung des ÖPNV muss gefördert werden, da er in Heidenheim noch immer eine sehr untergeordnete Rolle einnimmt. Seine Aufgaben sind es, alle Menschen barrierefrei und preisgünstig zu befördern und vor allem auch denjenigen, die kein Auto haben, Mobilität zu ermöglichen.

Wer auf das Autofahren verzichtet sollte begünstigt werden, denn er oder sie nutzt nicht die Infrastruktur der Straßen, die uns eine Menge Geld kostet. Unsere Aufgabe ist es, den Verkehr aus der Stadt herauszuhalten, die Feinstaub- und CO₂-Belastung zu senken und somit auch den Energieverbrauch.

Wer sein Leben lang immer mit dem Auto gefahren ist, braucht Anreize, damit er auf andere Verkehrsmittel umsteigt.

Die Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans ist dort zu forcieren, wo es wenig Geld kostet, dabei aber den größten Nutzen bringt. Die Energiekrise macht es jetzt notwendiger denn je.

Das von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte 49 € Ticket für den ÖPNV ist eine gute Sache, um den ÖPNV über den Landkreis und darüber hinaus lukrativer zu machen.

Das vom Landkreis im Mai 2022 beschlossene 365 € für Senioren und 487 € für Jedermann als Jahresticket, das dem Nutzer somit monatlich 30,42 € bzw. 40,58 € kostet, ist dann ein zusätzlicher Beitrag für die Mobilitätswende. Wir hoffen, dass es, wie im Kreistag beschlossen, nächstes Jahr zum 01. März auch umgesetzt wird.

Dazu ist es aber notwendig den weiteren Ausbau der Linien und Taktung im ÖPNV voranzutreiben. Denn was nutzt es, wenn ich ein kostengünstiges Ticket erhalte aber kein Bus oder keine Bahn fährt.

Wir stellen deshalb den Antrag,

dass die Aktivitäten und die finanziellen Anreize zum Umstieg auf den ÖPNV gefördert werden und die Mittel für die Fahrradinfrastruktur angemessen erhöht werden.

Kinderbetreuung Elternbeiträge

Die Fraktion SPD/Die Linke stellt den Antrag den Beschluss vom 25.07.2017 das Elternbeiträge automatisch an den Landesdurchschnitt angepasst werden aufzuheben und den Gemeinderat zukünftig wieder über die Anpassung der Elternbeiträge entscheiden zu lassen.

Aufenthaltkultur / Begegnungsstätten für junge Menschen

Wir müssen uns damit beschäftigen, dass Jugendliche und Studierende eine offene Aufenthaltsmöglichkeit ohne Konsumzwang brauchen, wo sie sich ohne Bevormundung aufhalten können. Dazu müssen Möglichkeiten im Innenstadtbereich geschaffen werden. Weitere Sitzmöglichkeiten im Trockenen, große, leicht zugängliche Mülleimer und Öffentliche WC-Anlagen in dieser Umgebung, die auch nach 20 Uhr noch geöffnet sind.

Eine schöne Bushaltestelle in den Levillain-Anlagen mit allem Schnick-Schnack ist ein gutes Beispiel, wie schnell Lösungen gefunden werden können.

Deshalb müssen Alternativen in Zusammenarbeit mit den jungen Menschen entwickelt werden. Planungen, auch wenn sie noch so wohlwollend gedacht sein mögen, werden stets zum Scheitern verurteilt sein, wenn sie nicht mit den jungen Menschen gemeinsam entwickelt werden.

Wir stellen nochmals den Antrag,

dass die Verwaltung, in Zusammenarbeit mit den jungen Menschen, beauftragt wird, sich damit zu beschäftigen attraktive Aufenthaltsorte zu schaffen, wo Konsum und Kommerz sowie Bevormundung keine Rolle spielt.

Den uns und der Verwaltung vorliegenden Anträgen aus Oggenhausen und Großkuchen können und werden wir in vollem Umfang zustimmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen sehr geehrte Damen und Herren,
wir bedanken uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die gute Zusammenarbeit und für ihren Einsatz für die Stadt und den darin lebenden Bürgerinnen und Bürgern, ein Dank geht auch an alle Ehrenamtlichen, die mit ihrem Engagement dazu beitragen unseren Haushalt zu entlasten.

Es gilt das gesprochene Wort

Vielen Dank fürs Zuhören